

Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit

Pressemitteilung
24.05.2012

Meißner: „Investitionen im Sportbereich unabdingbar“

Auf der Grundlage des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD „Umsetzung des Handlungskonzepts Wintersport- und Tourismuszentrum Oberhof“ führte der Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit heute in Oberhof eine auswärtige Sitzung durch.

Dabei wurden mehrere Sportstätten wie die DKB Skihalle und die DKB Ski-Arena, die Sprungschanzen im Kanzlersgrund sowie die Bob- und Rodelbahn besichtigt. Im Anschluss daran fand eine Gesprächsrunde mit Staatssekretär Dr. Schubert sowie mit den für den Sport Verantwortlichen im Thüringer Wintersportzentrum statt. Nach der Vorstellung des Konzeptes durch die Landesregierung nutzten die Abgeordneten die Möglichkeit für Nachfragen.

Einig war man sich darüber, dass zeitnah notwendige Voraussetzungen zu schaffen sind, um Investitionen im Sportbereich voranzutreiben. „Oberhof bietet durch die Konzentration vieler Anlagen und Einrichtungen einzigartige Voraussetzungen als internationaler Wintersportort. Um diesen zu sichern, sind Investitionen im Sportbereich unabdingbar“, so die Ausschussvorsitzende Beate Meißner (CDU).

Die seitens des Ministeriums hinzugezogenen Vertreter des Thüringer Wintersportzentrums, des Olympiastützpunktes, der Oberhofer Sportstätten GmbH des LSBs sowie des Schlitten- und Bobverbandes bekräftigen übereinstimmend, dass das Konzept alternativlos sei.

Die Landesregierung kündigte im Rahmen der Sitzung an, ein Energiekonzept zu prüfen, nachdem die Abwärme von Skihalle und Bob- und Rodelbahn zum Betrieb der Therme genutzt werden kann.

Der Ausschuss sprach sich für eine weitere Beratung des Antrages in der nächsten Sitzung aus und beschloss die Anhörung des Oberhofer Bürgermeisters. Darüber hinaus wurde die Landesregierung gebeten für die Sitzung am 14. Juni 2012 die Teilnahme des Oberhofbeauftragten der Landesregierung sowie Vertreter des Innen- und Finanzministeriums abzusichern.

„Es ist nachvollziehbar, dass aufgrund der Höhe der notwendigen Finanzmittel für die Abgeordneten ein großer Informationsbedarf besteht, der die Fortsetzung der Beratung notwendig macht.“